Sehr geehrte Frau SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Carolin Wagner,

Zunächst einmal großen Dank für Ihre öffentliche Verteidigung des Asylrechts als Menschenrecht und Teil des Grundgesetzes im Februar, nach der Großdemonstration für die Brandmauer gegen rechts. Auch, dass Sie auf die regionalen Migrationsfachdienste zugehen, freut uns als Seebrücke Regensburg. Ihre Stimme gegen den "5 Punkte Plan" der CSU/CDU im Januar ist ebenfalls nennenswert. Danke auch für die Solidarisierung mit dem Kartentausch letzten Monat. Wir müssen uns als Stadt Regensburg und Teil des Bündnisses Sicherer Häfen weiterhin solidarisch gegenüber Schutzsuchenden positionieren und aktiv Hilfe leisten.

Die migrationspolitischen Entwicklungen auf Bundesebene bereiten uns jedoch große Sorge. Wir beobachten zum einen die grundsätzliche Diskursverschiebung in den vergangenen Jahren, in der Migrant*innen nicht mehr als Bereicherung für und Teil unserer Gesellschaft, sondern zunehmend als Gefahr von außen dargestellt werden - eine Rhetorik, die von der AfD mit initiiert, jedoch von den etablierten Parteien übernommen wird. Zum anderen beobachten wir einen weitreichenden Abbau der Rechte von schutzsuchenden Menschen, der mittels zahlreicher Gesetzesänderungen etabliert worden ist. Zu nennen sind unter anderem die GEAS-Reform, das Rückführungsverbesserungsgesetz, die Einführung der Bezahlkarte und Verschärfung der Grenzkontrollen.

Pro Asyl, der Bayerische Flüchtlingsrat, Landesflüchtlingsräte, UnserVETO Bayern und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Juraverbände sprechen sich klar gegen die Verschärfungen im Koalitionsvertrag aus. Genauso stellen wir uns als Seebrücke Regensburg, Bürger_Inneninitiative Asyl, Ausbildung statt Abschiebung, Campus Asyl und der Sea-Eye Gruppe Regensburg gegen die neue Migrations- und Geflüchtetenpolitik.

Die Pflicht der deutschen und europäischen Politik ist die Bekämpfung der Fluchtursachen; stattdessen beobachten wir global die Zunahme dieser. Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verschärfungen der Migrations- und Fluchtpolitik steigern aktiv die Zahl der Toten auf den Fluchtrouten, insbesondere im Mittelmeer und in der Sahara. Zudem verstärken sie die katastrophalen Lebensbedingungen der Geflüchteten an Europas Grenzen, auf den Straßen Griechenlands und in Italien. Wir als sozialer Rechtsstaat schieben die Verantwortung für Geflüchtete auf andere Länder ab, was der solidarischen Zusammenarbeit widerspricht. Besonders bedenklich ist die Reproduktion des unwahren Narrativs „Geflüchtete seien Ursache für bestehende Probleme“. Dieses spielt der AfD bundesweit in die Hände und stellt die eigentlichen Auslöser unserer gesellschaftlichen Spaltung in den Hintergrund: soziale Ungleichheit und ungelöste soziale Problemstellungen.

Im Folgenden wollen wir auf die Verschärfungen der Migrations- und Fluchtpolitik durch den Koalitionsvertrag eingehen:

Durch die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und dem Ende staatlicher Aufnahmeprogramme werden die letzten sicheren und legalen Zugangswege für Geflüchtete blockiert. Das Zurückweisen von Asylsuchenden an den Grenzen ist rechtswidrig. Zusammen mit der fortschreitenden Stärkung von Frontex zwingt dies Schutzsuchende auf abgelegenere und dadurch noch gefährlichere Routen und nimmt ihren Tod - bei der Flucht oder durch den Verbleib in den Herkunftsländern - bewusst in Kauf. Die Abschaffung des Amtsermittlungsgrundsatzes in Asylverfahren beziehungsweise den Ersatz durch den Beibringungsgrundsatz stellt einen massiven Eingriff in das Rechtsstaatsprinzip dar. Die Ausweitung von Haftmöglichkeiten ist eine fatale Grundrechtseinschränkung. Erstens ist in den sogenannten Ausreisezentren keine Bewegungsfreiheit gewährleistet. Zweitens negieren wir die neuen Kompetenzen der Bundespolizei zur Anordnung von Ausreisegewahrsam und die Verweigerung einer anwaltlichen Vertretung. Beides ermöglicht eine massive Zunahme rechtswidriger Inhaftierungen.

Wir, als lokale Seebrücke Regensburg, betrachten es als unsere Aufgabe, besonders die Auswirkungen des Koalitionsvertrags in unserer Stadt scharf zu kritisieren und die daraus resultierenden Folgen zu minimieren. Daher fordern wir, dass der Kartentausch in Regensburg nicht kriminalisiert wird. Ihre Aufgabe als SPD-Bundestagsabgeordnete ist es, Ihrem Kollegen Peter Aumer diesbezüglich Argumente entgegenzusetzen - besonders wegen Ihrer Nähe zum Kartentauschbüro im Gewerkschaftshaus. Weiterhin erwarten wir Ihren Einsatz für die Verbesserung der Lebensbedingungen im sogenannten Anker-Zentrum. Auch dem Begriff des Sicheren Hafen Regensburgs müssen Taten folgen. Unfaire Bedingungen beobachten wir zudem wochentags in der Warteschlange vorm Amt für Integration und Migration. Wir als zivilgesellschaftliche bundesweite Bewegung hoffen auf Sichtbarkeit auf Seiten der Politik. Wir machen auf Ungerechtigkeiten aufmerksam und gehen auf die Straße. Sie als Politikerin sind gefragt, an Ihren Fäden im Netzwerk zu ziehen. Gemeinsam können wir unsere Stadt Regensburg lebenswerter für ALLE Bürger*innen machen.

Erwartungsvolle Grüße

SEEBRÜCKE
Lokalgruppe Regensburg

mit Unterstützung folgender Initiativen:

Bürger_innen-Initiative Asyl Regensburg
www.biasyl-regensburg.de

CAMPUSASYL

sea-eye
REGENSBURG

Initiative Ausbildung statt Abschiebung Regensburg